

Nein, die AfD ist keine Nazi-Partei

Und sie ist derzeit auch nicht Deutschlands Hauptproblem. Bundespräsident Steinmeier beruft sich auf die Weimarer Republik, um dem Volk eine Warnung zu erteilen – und verzerrt dabei bewusst die Geschichte, um das Volk zum Schweigen zu bringen.

6. Oktober 2026 | Tarik Cyril Amar

Anders als in Ländern wie Russland, den USA oder Frankreich ist das deutsche Präsidentenamt kein einflussreiches Amt. Zumindest nicht in Bezug auf das, was es direkt oder eigenständig bewirken kann. Stattdessen ist der deutsche Bundespräsident eine weitgehend repräsentative Figur, während die tatsächliche Macht zur Gestaltung der nationalen Politik beim Bundeskanzler liegt.

Dennoch ist das Amt des Bundespräsidenten keine reine Zierde. Laut einer [Zusammenfassung](#) des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2014 leitet sich die Autorität des Amtes vor allem aus dem geistigen und moralischen Einfluss ab, den es ausüben soll, und wer es innehat, „verkörpert die Einheit des Staates“. Kurz gesagt hat der deutsche Bundespräsident zwei wesentliche Aufgaben: für den nationalen Zusammenhalt zu stehen, insbesondere wenn Spannungen zunehmen und die Politik polarisiert, und eine weithin anerkannte moralische Autorität zu sein.

Frank-Walter Steinmeier, der derzeitige Bundespräsident, hat in beiden Punkten auf spektakuläre Weise versagt, und seine jüngste Rede zum Tag der Deutschen Einheit hat einmal mehr gezeigt, wie und warum. Das ist ein Skandal, aber keine Überraschung. Schon vor seinem jüngsten Auftritt hatte sich Steinmeier den Spitznamen „Walter der Spalter“ eingehandelt.

Und das aus gutem Grund: Obwohl er mit der Integration der Nation betraut ist, hat Steinmeier seit langem immer wieder ausdrücklich die Marginalisierung und Ausgrenzung großer Teile der deutschen Bevölkerung gefordert, nicht nur, aber insbesondere jener, die es wagen, die rechtspopulistische AfD zu vertreten oder für sie zu stimmen.

Meist implizit, aber stets unmissverständlich hat der Bundespräsident sie wiederholt als Extremisten diffamiert, die jenseits der Grenzen politischer Teilhabe stehen. So nutzte er beispielsweise im vergangenen Jahr eine [wichtige Rede](#) am 9. November – ein Datum mit zahlreichen historischen Assoziationen, darunter das massive Pogrom von 1938 und damit der Holocaust –, um die AfD und ihre Anhänger faktisch als zumindest Nachfolger des Nationalsozialismus, wenn nicht gar als dessen neue Verkörperung herauszustellen.

In diesem Jahr hat er sie in einem aufschlussreich snobistischen Ausbruch als „[Vulgärdemokraten](#)“ bezeichnet. Für Steinmeier gibt es offenbar nicht nur eine Unterscheidung zwischen „Demokraten“ und „Nicht-Demokraten“, sondern auch eine zwischen minderwertigen („vulgären“) und überlegenen (vermutlich kultivierten) Demokraten. Steinmeier sieht sich offensichtlich als vorbildliches Beispiel für Letztere. Auf persönlicher Ebene ist die offensichtliche Selbstgefälligkeit seiner Haltung schlichtweg zutiefst peinlich. Schlimmer noch: Würde man die Volkssouveränität ernst nehmen – wie es das deutsche Grundgesetz vorschreibt –, sähe das ganz anders aus.

Nun hat Steinmeier in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit das ins Visier genommen, was er selbst als eine große Zahl deutscher Bürger bezeichnet hat. Diese, so hat der Bundespräsident zu Recht festgestellt, zeigen „[Misstrauen gegenüber der politischen Ordnung](#)“. Das ist für Steinmeier jedoch kein Grund, ernsthaft zu prüfen, was an dieser Ordnung möglicherweise falsch sein könnte, oder sich aufrichtig darum zu bemühen, die Gründe für dieses Misstrauen zu verstehen. Seine spärlichen und allgemeinen Äußerungen zu den Fehlern Berlins und den Ängsten der einfachen Deutschen zeugten nicht von Bescheidenheit, sondern von distanzierterem und herablassendem Desinteresse.

Obwohl er großzügigerweise einräumte, dass vielleicht nicht alle, die das Vertrauen in den Status quo verloren haben, „gegen die Demokratie als solche“ seien, stellte Steinmeier sie alle ausdrücklich unter genau diesen Verdacht. Im Wesentlichen setzte er die durchaus plausible Unzufriedenheit vieler Deutscher über die verheerende Politik, die ihnen von den radikalen Mitte-Parteien des Establishments aufgezwungen wird, mit einer Ablehnung der verfassungsmäßigen Ordnung oder gar der Demokratie an sich gleich:

***Wer nicht für uns ist, so die Botschaft, ist nicht nur gegen uns,
sondern ein geradezu krimineller Außenseiter.***

Wie praktisch – wenn man nämlich Frank-Walter Steinmeier heißt und die gesamte eigene politische Laufbahn ausgerechnet genau dieses Establishment verkörpert: seine Privilegien, seine hartnäckige Weigerung, daraus zu lernen, und sein Versagen.

Steinmeier fand auch harte Worte für eine ganze Reihe von Schreckensszenarien, für typische Paranoia der Mitte, Schuldzuweisungen und Sündenbockdenken: die „unerträgliche Demagogie extremistischer Kräfte“ und deren „[Freude am Zerstören](#)“; „Mächte von außen, die uns [spalten und schwächen](#) wollen“ (damit ist natürlich Russland gemeint); die „Vorherrschaft des Internets“ (sprich: soziale Medien, die es zu seiner Jugendzeit noch nicht gab und die sich nun, da er alt ist, der Kontrolle des Mainstreams entziehen); „[Verschwörungsfantasien](#)“; Karikaturen Deutschlands, produziert von „[Kreml-Trollen](#)“, „deutschen Rechtsextremisten“ und „linksautoritären Spinnern“; „skrupellose Internet-Oligarchen“; und schließlich natürlich einfach „Populisten“ und „[Wutwähler](#)“ – ein abfälliger Begriff für diejenigen, die es wagen, ihre Frustration über Steinmeiers Freunde aus dem Establishment zum Ausdruck zu bringen, indem sie tatsächlich gegen sie stimmen.

Vor diesem düsteren Hintergrund beschwor der selbstgefällige Präsident mit seinem Kreuzzug das Gespenst von Weimar herauf – also den Zusammenbruch der deutschen Demokratie der Zwischenkriegszeit, auf den die Katastrophe des Nationalsozialismus folgte. Steinmeier betonte zwar, dass das heutige Deutschland „nicht Weimar“ sei, machte aber auch deutlich, dass es seiner Meinung nach in einem ähnlichen Zusammenbruch enden könnte.

Das war ironisch, denn Steinmeier warnte zugleich, dass [historische Ignoranz unverzeihlich](#) sei. In der Tat. Doch dann sollte er wissen, dass Weimar durch viele Faktoren zerstört wurde, all diese jedoch hätte überstehen können, wenn seine Bevölkerung nicht von der massiven Verarmung der Weltwirtschaftskrise getroffen worden wäre. Ja, die Nazis – und die Konservativen, die sie törichterweise förderten – haben diese erste deutsche Demokratie zerstört. Doch das konnten sie nur, weil das Land in Ruin, Elend und Massenverzweiflung versank, während seine etablierten Eliten eine hoffnungslos fehlgeleitete Wirtschaftspolitik verfolgten und – auch wenn das heute oft vergessen

wird – die Demokratie massiv einschränkten, lange bevor die Nazis das, was davon übrig war, endgültig zunichte machten.

Man kann über die AfD sagen, was man will; sie ist nicht mit der NSDAP gleichzusetzen. Genau hier macht Steinmeiers implizite Analogie keinen Sinn. Tatsächlich – ob bewusst oder unbewusst – missbraucht er die Geschichte als billiges rhetorisches und demagogisches Mittel.

Die eigentliche Parallele zwischen der heutigen Zeit und den letzten Jahren der Weimarer Republik bleibt für Steinmeier unsichtbar, weil ihm die für Selbstreflexion notwendige Demut fehlt. Genau wie zwischen dem Frühjahr 1930 und Anfang 1933 bietet das deutsche Establishment den Wählern, die nicht nur nach Veränderung, sondern verzweifelt nach Hilfe suchen, nichts anderes als „Weiter so“ an.

Genau diesen Geist unverantwortlicher, privilegierter Distanziertheit zeigte der Präsident in seiner Rede zum Tag der Einheit, als er nur hohle Phrasen und immer dasselbe versprach: weitere sogenannte „Reformen“ im Inland, die viele Deutsche als das erkennen, was sie wirklich sind, nämlich tiefgreifende Einschnitte in ihre Sozialleistungen und Lebenschancen.

Und im Ausland natürlich mehr Unterstützung für die Ukraine, das heißt für das extrem korrupte Selensky-Regime, das den [schlimmsten Terrorakt](#) gegen Deutschland in dessen Geschichte begangen hat. Auch das [erkennen](#) immer mehr Deutsche als das, was es wirklich ist: eine perverse nationale Selbsterniedrigung und eine absurde Geldverschwendung zur Finanzierung eines hochkorrupten Regimes sowie eines vermeidbaren, nicht zu gewinnenden und katastrophalen – auch für gewöhnliche Ukrainer – Stellvertreterkriegs gegen Russland; eines indirekten (wenn auch kaum wahrnehmbarer) deutschen Krieg gegen Russland, der das Risiko eines noch schlimmeren direkten Krieges zwischen Berlin und Moskau ständig verschärft, wie deutsche Geheimdienste – wenn auch in verzerrter Weise – [einräumen](#).

Steinmeier verbreitet seine polarisierenden und spaltenden Botschaften, während er eine abgedroschene Fassade weiser Staatskunst aufrechterhält, die zumindest den ungeschickten Versuch verrät, Eindruck zu schinden. Einen Tag nach Steinmeiers unglücklicher Rede wählte Bundeskanzler Friedrich Merz die unverblümteste Art und Weise, um im Wesentlichen dieselbe Botschaft zu vermitteln. Auf einer [Reise zu den Machthabern in Kiew](#), wo Merz – mit seiner von deutschen Steuerzahlern gefüllten, unerschöpflichen Geldbörse – vielleicht die Popularität genießt, die ihm zu Hause völlig fehlt, machte der Kanzler es noch einmal auf unhöfliche, brutale Weise deutlich:

Deutschlands derzeitige Machthaber kümmern sich mehr um das Regime in Kiew – das sie vielleicht fälschlicherweise für die gesamte Ukraine halten, vielleicht aber auch nicht – als um ihr eigenes Land und die Bürger, die sie gewählt haben und bezahlen. Und dies ist nur eine – wenn auch eindrucksvolle – Ausprägung des wahren Kerns von Deutschlands Missstand: ein weit verbreitetes und sehr plausibles Gefühl, dass sich das deutsche Establishment nicht um die Deutschen kümmert. Selbst wenn man die AfD oder „Populisten“ im Allgemeinen ablehnt, sind sie doch eine Reaktion auf dieses Gefühl der Verlassenheit.